

THESEN ZUR BILDUNGSPOLITIK

DISKUSSIONSPAPIER DER KREISVERSAMMLUNG BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN AM 25.09.2006 IN OBERNBURG

Deutschland muss sich zu einer Bildungs- und Wissensgesellschaft entwickeln, in der Bildung, d.h. die aus Ausbildung, Weiterentwicklung und Vervollkommnung individueller Kenntnisse und Fertigkeiten, zum Leitziel der Gesellschaft und damit zum selbstverständlichen Alltag gehört. Ziel jeder Bildungspolitik muss es sein, das Bildungsniveau der Gesellschaft insgesamt anzuheben. Bildung ist hier ganzheitlich im Sinne der Vernetzung von Werte-, Fertigungs- und Wissensstrukturen zu verstehen, ausdrücklich nicht in der Reproduktionsfähigkeit lexikalischen Wissens. Feinziele dieser Bildungsoffensive sind v.a. die Erhöhung der Bildungschancengerechtigkeit, eine verstärkte Integration behinderter und ausländischer Menschen, eine Verringerung der Misserfolgsquote bei Schulabschlüssen, eine Erhöhung der Studentenquote bzw. der Universitäts- und Fachhochschulabschlüssen. (Nebenbei sei bemerkt, dass die GRÜNEN auch nur in einer gebildeten Gesellschaft ein Wahlergebnis einfahren können, das der Güte ihrer politischen Ideen entspricht.)

Krippen und Kindergärten als Weichen stellende Lernorte

- Eine Bildungsreform, die diesen Namen auch wirklich verdient, muss in der sogenannten Vorschulzeit einsetzen.
- Kinder brauchen eine frühzeitige Förderung: Das Angebot an Krippen- und Kindergartenplätzen muss flächendeckend ausgebaut werden. Zur besseren individuellen Förderung sind kleinere Gruppen, mehr Personal und eine Anpassung der Gruppenstärke an die Bedürfnisse der Kinder erforderlich. Die Möglichkeiten auf die jeweilige Situation angepasste Förderangebote durchzuführen, muss verbindlich abgesichert werden.
- Der Besuch von Krippen und Kindergärten muss längerfristig gebührenfrei werden.
- Sprachliche Förderung, interkulturelle Erziehung und die Unterstützung der Kinder mit Entwicklungsrisiken muss bereits im Vorschulalter erfolgen. Der Bildungs- und Erziehungsplan bedarf insofern einer rechtlichen Grundlage.
- Kinder sollten verpflichtend im Kindergarten ein altersgemäßes Bildungs- und Erziehungsprogramm durchlaufen, auf das in der Grundschule aufgebaut werden soll. Die Etablierung eines Pflichtvorschuljahres ist folglich erforderlich, eine verbesserte Zusammenarbeit von Kindergarten und Grundschule erstrebenswert. Dadurch könnte auch eine Flexibilisierung des Schuleintritts erreicht werden.
- Zur gezielten Förderung in Krippe und Kindergarten ist eine fundierte diagnostische Kompetenz der Erzieherinnen und Erzieher nötig. Deshalb sollte eine wissenschaftlich basierte Ausbildung auch in der vorschulischen Arbeit angestrebt werden, was sich auch im Lohnniveau auswirken muss.
- Die eigentliche Arbeit der Pädagogen darf durch bürokratische Aufgaben nicht behindert werden.
- Defizite im Bereich der Sprachkompetenz – insbesondere bei Kindern mit Migrationshintergrund – müssen systematisch abgebaut werden. Hierzu dient generell der Ausbau der Zweisprachigkeit, also die Förderung von Muttersprache bzw. Dialekt und deutscher Hochsprache. Die Bezugspersonen der Kinder- und Jugendlichen sollten in die Sprachförderungsprogramme miteinbezogen werden.

Schule als kreativer Lebensraum

- Die Erhöhung der gemeinsamen Grundschulzeit muss einhergehen mit gezielten Förderprogrammen für leistungsschwache aber auch für besonders begabte Schüler. Zur Chancengerechtigkeit im Bildungssektor gehören Maßnahmen zur Verbesserung des Leistungsstands aller Schüler, also auch die individuelle Förderung einer Leistungselite.

- Die Einführung des fremdsprachlichen Unterrichts in der Grundschule auf Kosten des Deutschunterrichts muss zurückgenommen werden.
- Die Stundenzahl des konfessionell gebundenen Religionsunterrichts muss überprüft werden. Ein islamischer Religionsunterricht muss flächendeckend mit an deutschen Universitäten ausgebildeten Pädagogen etabliert werden.
- Die Hauptschule muss das Image einer Restschule abschütteln. Eine Reform der Hauptschule, die zu ihrer Stärkung beiträgt, mit ganztägigen Angeboten, Förderprogrammen, Schulprofilen und einer stärkeren Zusammenarbeit mit regionalen Unternehmen soll allen Schülerinnen und Schülern einen Abschluss ermöglichen und die Chance auf einen Ausbildungsplatz erhöhen.
- Zur besseren Integration und zur Überwindung der Chancenungerechtigkeit ist der flächendeckende Ausbau von Ganztageschulen bzw. Schulen mit einem Ganztagesangebot notwendig, da diese Schulen eine vom Elternhaus unabhängige Bildung durch mehr Zeit für individuelle Förderung und moderne Lernformen ermöglichen.
- Letztendlich muss die Entscheidung für die Nutzung solcher Ganztagesangebote – unter Einbeziehung der fachlichen Beratung durch die Schule – bei den Eltern verbleiben.
- Ein Ganztagesangebot muss unter allen Umständen gewährleisten, dass Kinder ohne Hausaufgaben nach Hause kommen.
- Die simple Verlängerung des herkömmlichen Unterrichts am Vormittag auf den Nachmittag, wie dies teilweise beim achtjährigen Gymnasium (G 8) geschieht, ist abzulehnen.
- Um Schüler individuell fördern zu können, müssen die Klassenstärken im Durchschnitt in allen Schulstufen und -arten verringert werden.
- Die Anzahl von Förderlehrern und Schulpsychologen muss erhöht werden. Die eigentliche Arbeit der Pädagogen darf durch bürokratische Aufgaben nicht behindert werden.
- Generell müssen sich die Schulen stärker in die Gesellschaft hineinbewegen bzw. sich für Angebote, Anregungen und Hilfestellungen von außen öffnen. Gleichzeitig sollten sie mit ihrem qualifizierten Personal in Zusammenarbeit mit den Schülern aber auch Angebote und Hilfestellungen (z.B. in der Erwachsenenbildung) nach außen transportieren.
- Der Zugang zu Bildung muss unabhängig von den finanziellen Möglichkeiten und der ethnischen Herkunft der Eltern erfolgen können. Die absolute Lernmittelfreiheit ist deswegen ein wichtiger Baustein zur Chancengerechtigkeit.
- Mehr und bessere Bildung kostet Geld. Um die Bildungsstandards nachhaltig erhöhen zu können, bedarf es langfristig einer gravierenden Erhöhung der Investitionen in Bildung und Ausbildung. Gleichzeitig ist aber auch eine kritischere Hinterfragung der Sinnhaftigkeit der einzelnen Ausgabenposten notwendig.

Konsequenzen für Kreis und Kommunen

Die Kommunen des Landkreises, aber auch der Kreis selbst müssen sich ihrer Verantwortung für die Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen zur Realisierung einer Bildungsoffensive bewusst sein.

- Sie tragen die Verantwortung für durchdachte, in Absprache mit betroffenen Pädagogen und Eltern geplante, errichtete und ausgestattete Kindergärten und Schulen. Ihre Haushaltsplanungen sind damit die Grundlage für die Verbesserung der Raumsituation in den pädagogischen Einrichtungen im Landkreis.
- Im Vorschulbereich ist ihre Personalpolitik Voraussetzung für die Schaffung kleinerer Gruppen und damit für die Möglichkeit zur individuellen Förderung.
- Auf Kreisebene kann die Etablierung einer vielseitigen zur Eigeninitiative anregenden Wettbewerbskultur in Partnerschaft mit regionalen Unternehmen neue Bildungshorizonte eröffnen.

Viel Spaß beim Diskutieren,

Harald Fischmann